

An die kulturpolitische Gesellschaft
Landesverband Bayern

Sehr geehrte Damen und Herrn,

als Spitzenkandidat der Partei DIE LINKE(OBB) zu den bayrischen Landtagswahlen 2008 bedanke ich mich sehr herzlich über die Zusendung ihrer umfangreichen Diskussionsgrundlage. Ich gehe davon aus, dass die Partei DIE LINKE ihre detaillierten Überlegungen gerne aufgreifen und, soweit mit unserem Programm deckungsgleich oder weiterführend, in die parlamentarische Arbeit im bayrischen Landtag einbringen wird.

Zu 1. (Vorschläge für kulturelle Maßnahmen)

Maßnahmen und Einrichtungen kultureller Bildung sind von entscheidender Bedeutung: Die Entwicklung der Persönlichkeit setzt einen kulturellen Raum zur Entfaltung voraus. Im Umkehrschluss sind kulturell entwickelte Mitbürgerinnen und Mitbürger der Garant für ein friedliches, vorurteilsloses Zusammenleben. Daher sind - ich kann es aus eigener Erfahrung nur bestätigen - Volkshochschulen, aber auch freie Zusammenschlüsse von Kulturschaffenden nach Kräften zu unterstützen. Die Sparpolitik vergangener Jahre hat gerade auch diesem Sektor zu schaffen gemacht. Damit wird die soziale Barriere der Teilnahme an Kursen und Seminaren erhöht - und wenn es „nur“ über Teilnahmegebühren geschieht. Für sozial Schwächere (ein erheblicher Teil der Menschen in Bayern lebt an oder unter der Armutsgrenze) schlage ich deshalb einen Kulturpass vor, der auch die Möglichkeit der Teilnahme an Theatern und Konzerten umfasst. Denkbar wäre auch ein zu reservierender Anteil an Plätzen entsprechend dem Anteil sozial Schwächerer. In Berlin werden z.B. vorbildlich Resttickets entsprechend an sozial Schwächere abgegeben. Die Landesförderung könnte solche Bedingungen stellen. Volkshochschulen sollten für diesen Personenkreis kostenlose Angebote schaffen, Museen und Ausstellungen grundsätzlich kostenfrei sein oder zumindest kostenfreie Abendöffnungen und Sonntage einplanen.

Institutionell will DIE LINKE ein bayrisches Erwachsenenbildungsgesetz mit der Möglichkeit eines Bildungsurlaubs.

Kultur und Schule gehören zusammen. Kulturschaffende sollen in den Unterricht einbezogen werden, insbesondere in die Förderung musischer Bereiche. Eine vernünftig organisierte Ganztagschule und eine Entzerrung überlasteter Lehrpläne wäre dafür die Voraussetzung. Schon in der Lehrerbildung muss mehr Gewicht auf eine Pädagogik gelegt werden, die eine kulturelle Entfaltung der Kinder garantiert. Dies beginnt bereits in der vorschulischen Bildung, also in einer Phase, in der Kinder noch nicht durch die herrschende Kultur geprägt sind.

Zu 2: (Interkulturelle Arbeit)

Bayern ist „interkulturell“, es wäre fatal, das Land auf ein Lederhosenklischee festzunageln, wozu ein Teil herrschender Kulturauffassung neigt. Die Geschichte Bayerns ist von ungezählten Einflüssen „fremder“ Kulturen geprägt, was für Pass- und Durchzugsländer immer typisch war. Die Nachkriegsentwicklung hat neue Wellen von Zuzug – und damit von kulturell anders sozialisierten Bevölkerungsgruppen bewirkt. Sie müssen einerseits ihre kulturellen Wurzeln und Besonderheiten bewahren können, andererseits müssen Räume des Austausches und des gegenseitigen Verstehens geschaffen und gefördert werden. Jeder Diskurs über eine „Leitkultur“ ist schädlich, weil er nicht auf Vielfalt in einer neuen Einheit sondern auf Assimilierung setzt.

Inhaltliche Schwerpunkte: Demokratische und oppositionelle Kultur aus den Herkunftsländern (z.B. Literatur aus der Türkei); Der gemeinsame „interkulturelle Nenner“: Menschenwürde, Frieden, Emanzipation; Kein Missbrauch der Kultur zu außenpolitischen Zwecken (Vertriebenenverbände), aber die Anerkennung der soziokulturellen Bereicherung durch Zuwanderung.

Zu 3. (Teilhabe an Kultur)

Dem Kulturarbeit ist eigen, dass sie sich nicht in eng umgrenzten bürokratischen Räumen entwickeln kann. Deshalb plädiere ich für die Unterstützung freier Initiativen – frei von Wirtschaftsförderung und daher angewiesen auf öffentliche Mittel. Nach meiner Auffassung ist z.B. eine verstärkte Förderung des Arbeitskreises gemeinsamer Kulturarbeit bayrischer Städte ein wichtiger Beitrag zur Vernetzung kultureller Initiativen und Kooperationen von Städten und Gemeinden. Kultur braucht einen vernetzten, sie unterstützenden, aber nicht behindernden Resonanzboden. Lebenswerte „Kleinräume“ (Dörfer, Dorfnachbarschaften) werden nur in einem kleinräumigen – nicht engstirnigen – Kulturraum lebendig. Dem Lederhosen- und Gebirgsschützenklischee steht z.B. das Dehnberger Hoftheater bei Lauf entgegen. Dabei ist durchaus zu beachten, dass auch traditionelle Kulturformen, meist als „Feiertagskultur“ nach schwerer Landarbeit herausgebildet – ihre Berechtigung haben und Unterstützung verdienen. Die Sparwut der bayrischen Staatsregierung zeigt ihren begrenzten kulturellen Horizont. Hauptsache, der Staatsapparat applaudiert sich kostenlos auf Events, die der Steuerzahler finanziert. Die Umkehrung des Sozialprinzips heißt: keine Freikarten für den Politik- und Staatsbetrieb.

Die bayrische Kulturpolitik kann nur bestmögliche Voraussetzungen für die Teilhabe breiterer Bevölkerungsschichten an kulturellen Räumen und Ereignissen schaffen. Neben einem Kulturticket für sozial Schwächere – siehe oben – wäre es von Bedeutung, in besonders „kulturfernen“ Wohnbezirken Kultur- und Sozialarbeit zu verknüpfen und in geförderte Projekte einzubringen. Derartige Initiativen haben kulturelle Auswirkungen im weitesten Sinn des Wortes. Vereinfachendes, rechtsextremistisches Gedankengut findet immer dann keinen Nährboden, wenn selbst- und demokratiebewusste Persönlichkeiten, ausgestattet mit dem nötigen historischen Wissen, die Lebensräume mitbestimmen. Gleiches gilt für die Grundlage kultureller Entfaltung: der gleichberechtigten Teilhabe am Bildungs- und Ausbildungssystem und an guter Arbeit. Für Menschen, die für eine kurzfristig profitorientierte Wirtschaft keinen „Gebrauchswert“ haben, spielt aktive Kulturpolitik eine herausragende Rolle: Nicht als Beruhigungstherapie, sondern als Übung zur Gegenwehr und zu Selbstbewusstsein. Sie kann gleichzeitig die schöpferischen Fähigkeiten entfalten helfen, die in sozial prekären Situationen verkümmern.

Zu „bürgerschaftlichem Engagement der Akteure der Zivilgesellschaft“:

Ob es sich nun um kirchliche, soziale, gewerkschaftliche oder politisch orientierte Bewegungen vor Ort handelt – sie sind in jedem Fall unverzichtbare (Mit)träger kultureller Ereignisse und kultureller Räume. So entstand z.B. unter Mitwirkung von Gerd Lobodda, zu diesem Zeitpunkt erster Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg, ein kultureller Dialog über ein neues Menschenbild, manifestiert in der Form einer Skulptur vor dem Gewerkschaftshaus. Entscheidend dabei ist allerdings der „Prozess“ – nämlich der Dialog von gestaltender Kunst und scheinbar kulturfernen Organisationen, die sich meist auf „Vergangenheitskultur“ reduzieren (Liedgut der Arbeiterbewegung, Literatur...). Kulturinitiativen in Gewerkschaften

(Literatur der Arbeitswelt, Chöre) verdienen Beachtung und Unterstützung. Kirchen können aufgrund ihrer privilegierten Stellung – Pfarrheime, Begegnungsstätten, offene Jugendarbeit, Mitteleinsatz für Kunstprojekte, Musik, Gesang – eine wichtige Rolle spielen und sich mit außerkirchlichen Initiativen vernetzen. Ähnlich wichtig sind Sozialverbände, z.B. die AW, die in ihren Altenbegegnungsstätten Räume für eine Erinnerungskultur schaffen können. Der Alltag älterer Menschen bleibt damit für die Gegenwart lebendig. Aber auch freie Initiativen und – was bei Künstlern typisch ist, einzelne Aktivisten der Kulturszene – brauchen einen Raum des kulturellen Austausches und damit eine Vermittlung in die Öffentlichkeit. (Kulturelle Gründerzentren). Das Besondere daran ist der Schutz kritischer, oppositioneller Kultur wider die herrschende Verflachung und Vermarktung. Schließlich ist es kein Widerspruch, im kulturellen Raum, verantwortet von öffentlichen Trägern, ein erhebliches Potential für gute Arbeit zu sehen.

Zu 4: (Soziokultur, Landesarbeitsgemeinschaften)

Daraus folgt zwingend die Förderung der „Soziokultur“ durch die bayrische Staatsregierung. Der besondere Charakter der Soziokultur ist ihr wechselseitiges Verhältnis von Alltag und Kultur, eine Kultivierung des Alltags und eine alltägliche Beziehung in der Kultur. Soziokulturelle Zentren dürfen sich jedoch nicht auf die Ballungsräume begrenzen, sondern müssen sich auf die „bayrische Lebensform“ (eine überwiegender Bevölkerungsanteil wohnt in kleinstädtischem und ländlichen Raum) einstellen. Soziokulturelle Gründerzentren würden einen Entwicklungsraum der Künste mit dem sozialen Umfeld verknüpfen können. Ohne unterstützende Mittel durch den Freistaat Bayern lassen sich landesweite Initiativen nur unzureichend betreiben. Daraus folgt die Notwendigkeit einer ausreichenden Unterstützung der Landesvereinigung und Modelle interkommunaler Zusammenarbeit.

Zu 5: (Themen/Förderfonds):

Armut und Kultur; Demokratie und Kultur; Flexibilisierte und deregulierte Arbeit als kulturelle Herausforderung; Rüstungsproduktion in Bayern und kultureller Anspruch; Kulturelles Angebotsgefälle in Bayern.

Zu 6: (Landesentwicklungskonzept Kultur und Kulturbericht):

Darin steckt die Kultivierung der herrschenden Kulturpolitik, der Zwang zur Beteiligung aller kultureller Akteure im Freistaat bzw. deren Repräsentanten von den Bildungseinrichtungen bis zur praktizierenden Kunst. Ein „Bericht über die Kulturwirtschaft“ zwingt den Staat zur Rechenschaft und zur Reflexion und ermöglicht...

Zu 7:

Eine erhöhte Transparenz für die interessierte Öffentlichkeit bzw. schafft erst ein Interesse in der Öffentlichkeit. Dies wiederum ist Voraussetzung für eine Debatte um sinnvolle und regional ausgewogene Kulturförderung. Dabei geht es nicht um ein Gießkannenprinzip, sondern um eine öffentliche Debatte über den sinnvollen Mitteleinsatz ohne Präferenzen auf „reiche“ Ballungsräume. Es könnte beispielsweise ein Landeskulturrat aus einschlägigen Verbänden und Kulturschaffenden gebildet werden, die hinsichtlich der Mittelvergabe ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht beim Kulturhaushalt und den Förderungsschwerpunkten bekommen.

Zu 9: (Demografische Entwicklung, Stadt/Land):

Stadt und Land durchdringen sich zunehmend. Es wird wohl auch in Zukunft „kulturelle Zentren“ geben. Jedoch ist durch die Zentralisierung auf die Großstädte und insbesondere auf München eine stärkere Dezentralisierung und „Mobilisierung“ kultureller Events nötig. Die Wege zum Kulturbetrieb müssen verkürzt werden. Dabei kommt vor allem einer dezentralen Jugendkultur eine große Bedeutung zu. Das gilt einerseits für Jugendzentren mit kulturellem Anspruch, andererseits für freie Initiativen, die sich meist am Land schneller und unbürokratischer entwickeln. Es darf keine „kulturfernen“ Räume geben, insofern brauchen wir auch in kultureller Hinsicht ein Bayern für alle. Die Lineartheoretiker der demografischen Entwicklung vergessen die Verjüngung durch Zuwanderung. Trotzdem ist zu überlegen, welche besonderen kulturellen Bedarfe ältere Menschen in Zukunft äußern und welche sie sich – sinkendes Renteneinkommen – überhaupt leisten können.

Zu 10:

Mir scheinen weitere Großinvestitionen kontraproduktiv: Wer Kultur in der Fläche entwickeln und unterstützen will, darf sich keine Kulturdenkmäler setzen. Nach allem, was mir aus dem Bereich von Künstlern und Kulturproduzenten bekannt ist, hat Bayern einen Nachholbedarf in der Förderung innovativer Kulturprojekte. Große Institutionen dürfen nicht gegen innovative Kultur ausgespielt werden. Erstere würden ohne letztere nicht existieren.

Zu 11:

Bayern braucht eine Kulturlandschaft, die keine schwarzen Löcher aufweist. Bayern braucht eine Kultur, die unabhängig von der sozialen Situation zugänglich ist. Bayern braucht eine interaktive, eine Beteiligungskultur. Bayern braucht eine Verständigungskultur, eine neue Einheit, die Vielfalt voraussetzt. Bayern braucht keine neuen Tempel, sondern innovative Kultur. Bayern braucht eine demokratische, geschichtsbewusste Kultur, zu der Dachau und Flossenbürg wichtige Beiträge leisten. Bayern braucht eine neue Kultur in der Grundbildung: Kultur ist die Entsprechung zu umfassender, kritischer Bildung, nicht der Wettlauf nach unzusammenhängenden und kurzfristig nützlichem Faktenwissen. Kultur muss die Arbeitswelt berücksichtigen und im Umkehrschluss kultivieren. Lange und deregulierte Arbeitszeiten vertragen sich nicht mit einem kulturellen Anspruch. Kultur darf nicht dem ökonomischen Kalkül privater Firmen unterworfen werden. Statt Sponsoring Umverteilung über eine gerechte Steuerpolitik, damit öffentliche Kontrolle und gesellschaftliche Bedürfnisse in der Kultur gewährleistet sind.